

Qualitätssicherungsvereinbarung
für eigenwirtschaftliche Verkehre
bei der Durchführung von Busverkehrsleistungen
im Linienbündel
„LDK Herborn Nord“

Zwischen der

Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH
Karl-Kellner-Ring 49
35576 Wetzlar

- nachfolgend "VLDW" genannt -

und

_____ **[zu ergänzen]**

- nachfolgend "Verkehrsunternehmen" genannt -

INHALTSVERZEICHNIS

§ 1	VORBEMERKUNG	3
§ 2	VEREINBARUNGSGEGENSTAND	3
§ 3	VEREINBARUNGSGRUNDLAGEN	4
§ 4	RECHTSSTELLUNG DER VERTRAGSPARTEIEN, LINIENGENEHMIGUNG	4
§ 5	KONTROLLRECHTE DER VLDW.....	4
§ 6	FAHRGELDERHEBUNG	5
§ 7	LEISTUNGSSTÖRUNGEN, VERTRAGSSTRAFEN.....	5
§ 8	EINNAHMEAUFTEILLUNG	9
§ 9	HAFTUNG/FREISTELLUNGSVERPFLICHTUNG	10
§ 10	ABTRETUNG VON ANSPRÜCHEN DES VERKEHRSUNTERNEHMENS, AUFRECHNUNGSVERBOT	10
§ 11	SUBUNTERNEHMER	11
§ 12	VEREINBARUNGSLAUFZEIT, KÜNDIGUNG	11
§ 13	SCHLUSSBESTIMMUNGEN	12

§ 1 VORBEMERKUNG

Die VLDW beabsichtigt, Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Linienbündel „LDK Herborn Nord“ in einem wettbewerblichen Verfahren zu vergeben. Vor der Einleitung des Verfahrens veröffentlicht sie gemäß Art. 7 Abs. 2 VO (EG) Nr. 1370/2007 eine Vorabbekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union.

Ausweislich § 8 Abs. 4 S.1 PBefG sind Verkehrsleistungen im ÖPNV eigenwirtschaftlich zu erbringen. Eigenwirtschaftlich sind Verkehrsleistungen, deren Aufwand gedeckt wird durch Beförderungserlöse, Ausgleichsleistungen auf der Grundlage von allgemeinen Vorschriften und sonstige Unternehmenserträge im handelsrechtlichen Sinne, soweit diese keine Ausgleichsleistungen für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen darstellen und keine ausschließlichen Rechte gewährt werden.

Falls ein Verkehrsunternehmen an der eigenwirtschaftlichen Erbringung der Verkehrsleistungen des Linienbündels „LDK Herborn Nord“ interessiert ist, hat es gemäß § 12 Abs. 6 PBefG den Antrag auf Erteilung einer Genehmigung für einen eigenwirtschaftlichen Verkehr spätestens drei Monate nach Veröffentlichung der Vorabbekanntmachung zu stellen.

Hierbei hat es bei der Antragstellung die gemäß § 8a Abs. 2 S.3 PBefG von der VLDW bekannt gemachten, mit dem beabsichtigten Dienstleistungsauftrag verbundenen Anforderungen für Fahrplan, Beförderungsentgelt und Standards einzuhalten.

Zur Einhaltung dieser Anforderungen schließen die Parteien diese Qualitätssicherungsvereinbarung. Diese umfasst u.A. die Verpflichtung zur Anwendung des Tarifs der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV). Neben der Definition der Anforderungen an die Sicherstellung der ausreichenden Verkehrsbedienung werden in dieser Vereinbarung auch die Modalitäten von Veränderungen in der Verkehrsbedienung während der Laufzeit und entsprechende Vereinbarungen zur Nutzung bereit gestellter Infrastrukturen geregelt.

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Parteien was folgt.

§ 2 VEREINBARUNGSGEGENSTAND

- (1) Das Verkehrsunternehmen beabsichtigt, die Verkehrsleistung im oben genannten Linienbündel eigenwirtschaftlich zu erbringen. Die VLDW und das Verkehrsunternehmen schließen diese Qualitätssicherungsvereinbarung, um die Durchführung von Linienverkehr im Buspersonennahverkehr nach Maßgabe dieser Bestimmungen zu vereinbaren.
- (2) Bestimmte Pflichten sind bereits zwischen Vereinbarungsschluss und Betriebsaufnahme sowie nach Betriebsende zu erbringen; diese umfassen insbesondere Berichts-, Melde- und Abrechnungspflichten.
- (3) Der Umfang und die Einzelheiten der vom Verkehrsunternehmen gemäß Abs. 1 zu erbringenden Leistungen richten sich nach den Bestimmungen der vom zuständigen Regierungspräsidium zu erteilenden Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb der Linien gemäß §§ 2 Abs. 1 Nr. 3 i.V. mit 13 PBefG, ergänzend nach dem gültigen

Nahverkehrsplan sowie dieser Vereinbarung nebst **Anlagen**. Der Linienweg ist der interaktiven Karte der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV) zu entnehmen¹.

- (4) Die VLDW ist berechtigt, mit der Wahrnehmung der ihr obliegenden Rechte und Pflichten einen oder mehrere Dritte(n) zu beauftragen sowie die ihr obliegenden Rechte und Pflichten auf einen oder mehrere Dritte(n) zu übertragen. Hieraus ergeben sich für das Verkehrsunternehmen keine Kosten. Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Vereinbarung nebst Anlagen jeweils nur auf „die VLDW“ verwiesen.

§ 3 VEREINBARUNGSGRUNDLAGEN

- (1) Für die Durchführung der Vereinbarung gelten in nachstehender Reihenfolge, die zugleich auch Rangfolge ist:
- a) die Bestimmungen der vom zuständigen Regierungspräsidium zu erteilenden Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb der Linie gemäß § 13 PBefG,
 - b) die Anforderungen des lokalen Nahverkehrsplans (NVP),
 - c) die Bestimmungen dieser Qualitätssicherungsvereinbarung nebst Anlagen,
 - d) die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Die Geltung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verkehrsunternehmens ist ausgeschlossen.

- (2) Im Fall von Widersprüchen oder Unklarheiten zwischen den oder innerhalb der Vertragsgrundlagen, die nicht durch Vertragsauslegung zu klären sind, entscheidet die VLDW nach billigem Ermessen (§ 315 BGB).
- (3) Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen des Verkehrsunternehmens sind nicht Vereinbarungsbestandteil.
- (4) Für die Vertragsdurchführung ist es notwendig, die personenbezogenen Daten aus diesem Vertrag in digitalisierter Form in einer webbasierten QM-Datenbank zu verarbeiten.

§ 4 RECHTSSTELLUNG DER VERTRAGSPARTEIEN, LINIENGENEHMIGUNG

VLDW und Verkehrsunternehmen bleiben Träger von Rechten und Pflichten, die sich aus den für sie geltenden Rechtsvorschriften ergeben, für das Verkehrsunternehmen insbesondere §§ 21 f. PBefG. Der Beförderungsvertrag kommt zwischen dem Verkehrsunternehmen und dem Fahrgast zustande. Das Verkehrsunternehmen haftet für Schäden der Fahrgäste und stellt die VLDW insoweit frei.

§ 5 KONTROLLRECHTE DER VLDW

Die VLDW ist berechtigt, die mit dem Verkehrsunternehmen vereinbarten Leistungen jederzeit durch ihre Beauftragten überwachen zu lassen. Die VLDW behält sich ferner vor, das Verkehrsunternehmen auf Sicherheit und Zuverlässigkeit seines Gesamtbetriebes –

¹ <https://www.rmv.de/auskunft/bin/jp/help.exe/dn?tpl=fullmap&himApp=show&query-App=show&poisApp=show&stationsApp=show&showLineLayer=off&showBikeLayer=off&full-mapApi=OSM#98304>

unabhängig von den vorgelegten Dokumenten – zu überprüfen. Das Verkehrsunternehmen unterstützt die VLDW bei diesen Vorgängen und wirkt bei ihnen mit.

§ 6 FAHRGELDERHEBUNG

Die tarifgemäße Fahrgelderhebung erfolgt im Namen und für Rechnung des Verkehrsunternehmens. Das Verkehrsunternehmen hat das gesamte Fahrscheinsortiment (außer Jahreskarte und Jobticket) des RMV für alle Preisstufen einschließlich Übergangstarife in allen Fahrzeugen zu verkaufen. Ein Haustarif ist unzulässig.

Bundesweit geltende Fahrscheine wie das „Deutschlandticket“ sind gemäß der Regelungen des RMV anzuerkennen und zu vertreiben.

§ 7 LEISTUNGSSTÖRUNGEN, VERTRAGSSTRAFEN

- (1) Zur Sicherung einer über die Zuständigkeitsbereiche aller betroffenen Aufgabenträger hohen Qualität im ÖPNV sowie der vertraglich vereinbarten Leistungen kommt ein Malus-System zur Anwendung.
- (2) Verstößt das Verkehrsunternehmen schuldhaft gegen Bestimmungen dieser Vereinbarung nebst Anlagen, insbesondere durch eine Nicht- oder Schlechtleistung, zahlt es für jeden von der VLDW festgestellten Einzelfall eine Vertragsstrafe gem. nachstehender Tabelle. Die Beweislast für das nicht schuldhafte Handeln des Verkehrsunternehmens trägt dieses selbst. Die VLDW wird dem Verkehrsunternehmen im Falle der Feststellung eines Verstoßes Gehör gewähren. Falls das Verkehrsunternehmen mit der Feststellung eines Verstoßes nicht einverstanden sein sollte, steht ihm binnen einer Ausschlussfrist von 5 Werktagen ab Kenntniserlangung des geltend gemachten Vertragsverstoßes die Möglichkeit einer detailliert begründeten Stellungnahme zu. Die VLDW entscheidet über die Verhängung der Vertragsstrafe unter Berücksichtigung fristgemäß eingegangener Stellungnahmen.

Die Gesamthöhe der als Vertragsstrafen in nachfolgender Tabelle für den Einzelfall aufgeführten Beträge ist pro Kalenderjahr begrenzt auf insgesamt max. 5 % der Einnahmen für Fahrscheinverkauf zzgl. Ausgleichsleistungen für Schülerbeförderung sowie Mitteln gemäß §§ 228 ff. SGB-IX dieses Jahres.

Im Einzelnen gelten die nachfolgenden Malus-Regeln:

Nr.	Gruppe	Euro	Ergänzungen
1	Fahrt:		
	1. Ausfall (ganz oder auf Teilstrecke)	300,00	Je Vorfall Fahrten mit einer durchschnittlichen Verspätung von 30 Minuten oder mehr gelten als Fahrtausfall.
	2. Keine Ersatzbeförderung binnen 30 Minuten	300,00	
	3. Verspätete Abfahrt ohne externe Einflüsse: von 2 bis einschließlich 5 Minuten	20,00	

Nr.	Gruppe	Euro	Ergänzungen
	4. Verspätete Abfahrt ohne externe Einflüsse: von 6 bis einschließlich 10 Minuten	40,00	
	5. Verspätete Abfahrt ohne externe Einflüsse: von 11 bis einschließlich 19 Minuten	80,00	
	6. Verspätete Abfahrt ohne externe Einflüsse: von 20 bis einschließlich 29 Minuten	100,00	
	7. Verspätete Bereitstellung der Fahrzeuge bzw. verspätete Anmeldung an der rms-IVU-Suite	50,00	Je Vorfall
	8. Nichtbeachten von Anschlüssen	100,00	Je Vorfall
	9. Abfahren vor der im Fahrplan veröffentlichten Uhrzeit	50,00	Je Haltestelle
	10. Nicht-Bedienen einer Haltestelle trotz ein- oder ausstiegswilliger Fahrgäste	100,00	Je Vorfall
	11. Nicht-Einhalten des Linienwegs ohne externe Einflüsse bzw. Unterbrechung einer Fahrt ohne triftigen Grund (z.B. Betanken des Fahrzeuges, Verpflegungsaufnahme des Busfahrers usw.)	100,00	Je Vorfall
	12. Nicht erfolgte oder falsche Haltestellenansage/n und/oder Haltestellenanzeige/n	100,00	Je Einsatztag nach Ablauf des 5. Werktags nach Feststellung
2	Fahrzeug		
	1. Einsatz eines nicht den vereinbarten Standards entsprechenden Fahrzeugs (alle Verstöße gegen Zf. 2.1 der Konkretisierten Anforderungen und Anlage „Mindestanforderungen an die Fahrzeuge“, sofern nicht im Folgenden gesondert aufgeführt)	200,00	Je Einsatztag

Nr.	Gruppe	Euro	Ergänzungen
	2. Fahrzeugmangel: Gravierende Schäden innen oder außen; Unterlassene Reparaturarbeiten an Karosserie und Lack	100,00	Je Einsatztag nach Ablauf der Abhilfefrist
	3. Fahrzeugmangel: Gravierende Verschmutzungen	100,00	Je Einsatztag nach Ablauf des Tages der Feststellung
	4. Ausfall technischer Fahrzeuginrichtungen wie z.B. Rollstuhlrampe, Klimaanlage, Kneeling, Haltewunschtasten und -anzeige, Innen- und Außenanzeigen (auch Falschbezeichnung), Lichtsignalanlagensteuerung (soweit vorhanden), etc.	100,00	Je Einsatztag nach Ablauf des 5. Werktags nach Feststellung
	5. Verstoß gegen Vorgaben zu Innen- und Außenwerbung	50,00	Je Einsatztag
3	Berichtswesen		
	1. Unterlassene oder nicht fristgemäße Abgabe der in der Vereinbarung und in den Anlagen zur Vereinbarung geforderten Meldungen (z.B. zu Betriebsstörungen)	50,00	Je Meldung und Kalendertag.
	2. Nichtvorlage, verspätete bzw. unvollständige Vorlage der in der Vereinbarung und den Anlagen geforderten Unterlagen, Nachweise, elektr. Daten etc. (z.B. Unfallmeldungen, Fahrzeugmeldung, Testat, Umlaufpläne, Ergebnisse Fahrgastzählung etc.), sofern diese nicht separat in dieser Tabelle aufgeführt sind.	50,00	Je Nachweis und Kalendertag.
4	Betrieb:		
	1. Nicht-Erreichbarkeit der Betriebsleitstelle des Verkehrsunternehmens während der vertraglich festgelegten Zeiten	100,00	Je Vorfall

Nr.	Gruppe	Euro	Ergänzungen
	2. Nicht- bzw. nicht fristgemäße Vorlage einer Beschwerde inkl. Stellungnahme bei der VLDW bzw. Nicht- bzw. nicht fristgemäße Beantwortung eingegangener Beschwerden	50,00	Je Vorfall
5	Sonstiges:		
	1. Nichtbefolgen einer Anordnung etc., § 6 Abs. 2	50,00	Je Vorfall
	2. Rms-IVU-Suite: mangelhafte Umsetzung der Schnittstellenanforderung (rms-IVU-Suite 13a)	50,00	Je Tag
	3. Rms-IVU-Suite– Nichtmeldung oder verspätete Meldung von (Teil-)Fahrtausfällen	100,00	Pro ausgefallener und nicht gemeldeter Fahrt
	4. nicht korrekte Umlaufdaten	50,00	Pro Tag
	5. Komplette oder in Teilen abhanden gekommene Fahrkartenpapierrolle	20.000,00	Keine Strafe wenn das VU nachweist, 1. dass kein bzw. ein geringerer Schaden entstanden ist oder 2. dass es nicht gegen seine vertraglichen Pflichten zum ordnungsgemäßen und sicheren Umgang mit Fahrkartenpapierrollen verstoßen hat

- (3) Der VLDW und den von dieser autorisierten Personen ist auf Verlangen der sofortige Zutritt zu den Betriebshöfen und Fahrzeugen, die für den vereinbarungsgegenständlichen Verkehr verwandt werden, sowie Einblick in die Einsatzpläne, Werkstattberichte, Reparatur-Rechnungen und Unfallberichte sowie vorhandene Sachverständigen-Gutachten zu den Fahrzeugen zu gewähren. Die VLDW kontrolliert dabei schwerpunktmäßig die Einhaltung der Vereinbarungen über die Schadensfreiheit und den Pflegezustand der Fahrzeuge.
- (4) Werden auf der Grundlage von Kontrollergebnissen oder von stichhaltigen Beschwerden der Fahrgäste Verstöße des Verkehrsunternehmens und/oder dessen Subunternehmens gegen die Vorschriften dieser Vereinbarung festgestellt, so kann die VLDW das Verkehrsunternehmen zu einer gemeinsamen Beratung bestellen und dieses, sofern die VLDW dies für erforderlich hält, zur Vorlage eines Maßnahmenplans

zur Behebung der darin festgestellten Leistungsmängel verpflichten. Erfolgt die Umsetzung des Maßnahmenplans nicht ordnungsgemäß und fristgerecht, kann die VLDW eine Abmahnung unter Fristsetzung zur Umsetzung des Maßnahmenplans aussprechen. Erfolgt die Umsetzung des Maßnahmenplans erneut nicht ordnungsgemäß und fristgerecht, so kann die VLDW eine außerordentliche Kündigung der Vereinbarung aussprechen.

- (5) Wenn die Betriebsaufnahme dem Verkehrsunternehmen nicht termingerecht möglich ist, kann dies zu einer Abmahnung und im weiteren zur außerordentlichen Kündigung der Vereinbarung führen.
- (6) Sofern ein (Teil-)Ausfall der Leistung auf Verschulden des Verkehrsunternehmens zurückzuführen ist oder die Umstände vorhersehbar waren (z.B. angekündigte Absperrungen, Streik etc.), kann die VLDW Dritte mit der Durchführung der Verkehre beauftragen. Die entstandenen Mehrkosten hat das Verkehrsunternehmen der VLDW zu erstatten. Wiederholt sich ein (Teil-)Ausfall aufgrund eines vom Verkehrsunternehmen oder seinem Erfüllungsgehilfen zu vertretenden Verhaltens bzw. Unterlassens, kann dies zu einer Abmahnung und im Wiederholungsfall zur außerordentlichen Kündigung der Vereinbarung führen.

§ 8 EINNAHMEAUFTEILUNG

- (1) Das Verkehrsunternehmen ist verpflichtet, vor Betriebsaufnahme, spätestens jedoch einen Monat nach Abschluss dieser Vereinbarung, mit der VLDW – auf deren Weisung: mit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV) – einen Einnahme-Aufteilungs-Vertrag nach Vorgabe der VLDW / des RMV abzuschließen.
- (2) Einnahmen im Sinne des EAV sind:
 - Bruttofahrgeeldeinnahmen aus den nach dem Verbundtarif ausgegebenen Fahrkarten
 - Bruttofahrgeeldeinnahmen aus Sonderangeboten
 - Bruttofahrgeeldeinnahmen, die aus Übergangs- und Gemeinschaftstarifen sowie sonstigen Vereinbarungen erzielt werden, die mit Verkehrsverbünden, Verkehrsgemeinschaften, Tarifgemeinschaften, dem Verkehrsverbund nicht angehörenden Verkehrsunternehmen und Verkehrsunternehmen, die mit einem Teilnetz dem Verbundnetz nicht angehören, vereinbart sind.
- (3) Keine Einnahmen im Sinne des EAV sind:
 - die erhöhten Beförderungsentgelte
 - Abgeltungszahlungen nach §§ 228 ff. Sozialgesetzbuch IX (SGB).
- (4) Bei dem geltenden Einnahmenaufteilungsverfahren verbleiben die kassentechnischen Einnahmen, d.h. die Summe der Erlöse aller verkauften Fahrkarten des Verkehrsunternehmens, zunächst bei diesem Unternehmen. Im Rahmen der Einnahmenaufteilung ist dieser Betrag um Erlöse von sogenannten „Fremdnutzern“ zu korrigieren. Fremdnutzer sind Fahrgäste, die ihre Fahrkarte bei einem anderen als dem befördernden Verkehrsunternehmen gekauft haben bzw. Fahrgäste, die mit Fahrausweisen des Verkehrsunternehmens Verkehrsmittel anderer Verkehrsunternehmen im RMV-Verbundgebiet benutzen.

- (5) Der Jahreserlös des Verkehrsunternehmens umfasst somit
- die kassentechnischen Einnahmen dieses Verkehrsunternehmens
 - erhöht um Erlöse aus Fahrten bzw. Fahrtabschnitten „fremder“ Fahrgäste auf eigenen Linien
 - und vermindert um Erlöse aus Fahrten bzw. Fahrtabschnitten „eigener“ Fahrgäste auf Linien fremder Verkehrsunternehmen.
- (6) Diese Fremdnutzerausgleichsbeträge für Übersteiger und fremdgenutzte Fahrkarten werden gesondert durch Erhebungen seitens der VLDW oder des RMV ermittelt.
- (7) Das Verkehrsunternehmen meldet die erzielten kassentechnischen Einnahmen und Erträge aus dem Verkauf von Fahrausweisen für alle Linien an die VLDW nach dem in der **Anlage** „Datenlieferung“ dargestellten Verfahren. Diese Meldung muss:
- monatlich bis spätestens zum 10. des Folgemonats sowie
 - jährlich für das vergangene Kalenderjahr mit einem Testat eines Wirtschaftsprüfers bis zum 15.02. des nachfolgenden Kalenderjahres erfolgen.
- Die VLDW ist berechtigt, die Anlage entsprechend der Änderungen der RMV-Vorgaben zu aktualisieren.
- (8) Weiteres wird im abzuschließenden Einnahme-Aufteilungs-Vertrag geregelt.

§ 9 HAFTUNG/FREISTELLUNGSVERPFLICHTUNG

- (1) Das Verkehrsunternehmen ist der VLDW zum Ersatz etwaiger der VLDW entstehender Schäden verpflichtet, die darauf beruhen, dass das Verkehrsunternehmen die von ihm übernommenen Vertragspflichten schuldhaft nicht, nicht vollständig oder nicht ordnungsgemäß erfüllt hat. Das Verschulden seiner Mitarbeiter und der Mitarbeiter eines etwaigen Subunternehmers muss sich das Verkehrsunternehmen wie eigenes Verschulden zurechnen lassen. Im Übrigen richtet sich die Haftung der Vertragsparteien nach den gesetzlichen Bestimmungen, soweit in dieser Vereinbarung nichts Abweichendes geregelt ist.
- (2) Das Verkehrsunternehmen stellt die VLDW von allen Ansprüchen frei, die gegen die VLDW von Dritten im Zusammenhang mit Pflichtverletzungen geltend gemacht werden, die in den Pflichtenkreis des Verkehrsunternehmens fallen.

§ 10 ABTRETUNG VON ANSPRÜCHEN DES VERKEHRSUNTERNEHMENS, AUFRECHNUNGSVERBOT

- (1) Die Ansprüche des Verkehrsunternehmens gegen die VLDW aus dieser Vereinbarung dürfen ohne vorherige schriftliche Zustimmung der VLDW nicht abgetreten werden. Dies gilt auch für Abtretungen an Unternehmen, die demselben Konzern wie das Verkehrsunternehmen angehören. § 354 a HGB bleibt unberührt.
- (2) Gegen die Forderungen der VLDW ist eine Aufrechnung mit Forderungen des Verkehrsunternehmens nur zulässig, sofern die Forderung des Verkehrsunternehmens unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist.

§ 11 SUBUNTERNEHMER

- (1) Das Verkehrsunternehmen gewährleistet, dass etwaige Subunternehmerleistungen nur an Unternehmen vergeben werden, die über eine vergleichbare Qualifikation verfügen und die vertraglich vereinbarten Qualitätsstandards einhalten.
- (2) Subunternehmer des Verkehrsunternehmens sind dessen Erfüllungsgehilfen.

§ 12 VEREINBARUNGSLAUFZEIT, KÜNDIGUNG

- (1) Die Vereinbarungslaufzeit beginnt mit Zeichnung und endet mit Abwicklung der letzten Zahlung im Rahmen des Einnahme-Aufteilungs-Verfahrens.
- (2) Die Betriebslaufzeit beginnt am 12.12.2027 und endet mit Ablauf des letzten Gültigkeitstages der von der zuständigen Genehmigungsbehörde ausgestellten personenbeförderungrechtlichen Genehmigung.
- (3) Die ganze oder teilweise Kündigung dieser Vereinbarung ist nur aus wichtigem Grund möglich.
- (4) Ein wichtiger Grund zur Kündigung der Vereinbarung durch die VLDW liegt neben den in dieser Vereinbarung ausdrücklich benannten Fällen insbesondere dann vor, wenn
 - a) Das Verkehrsunternehmen die zur Erbringung der Betriebs- und Beförderungsleistungen erforderlichen Genehmigungen nicht erhält oder während der Betriebslaufzeit verliert;
 - b) über das Vermögen des Verkehrsunternehmens das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist;
 - c) das Verkehrsunternehmen seinen Verpflichtungen trotz zweimaliger Mahnung durch die VLDW nicht nachkommt, wobei zwischen den Mahnungen ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen muss;
 - d) das Verkehrsunternehmen bzw. dessen Mitarbeiter und/oder Mitarbeiter von ihm etwa eingeschalteter Subunternehmer Adressaten von bestands- bzw. rechtskräftigen Ordnungsverfügungen, Bußgeldbescheiden (ab EUR 100,00), Strafbefehlen und/oder Urteilen im Zusammenhang mit personenbeförderungrechtlichen Bestimmungen sind (insbesondere PBefG, StVO, StVZO, BO-Kraft, FPersV).
 - e) Das Verkehrsunternehmen oder dessen Subunternehmer die gemäß Ziffer 4.1 Abs. 3 der **Anlage** „konkretisierte Anforderungen“ zu leistende Mindestvergütung wiederholt grob fahrlässig oder vorsätzlich unterschreitet.Im Übrigen bleibt § 314 BGB unberührt.
- (5) Im Falle einer außerordentlichen Kündigung aufgrund des vertragswidrigen Verhaltens des Verkehrsunternehmens bzw. dessen Erfüllungsgehilfen behält sich die VLDW weitergehende Schadensersatzansprüche vor.
- (6) Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen.

§ 13 SCHLUSSBESTIMMUNGEN

- (1) Auf das Vertragsverhältnis findet ausschließlich deutsches Recht Anwendung.
- (2) Änderungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Soweit in diesem Vertrag Schriftform vorgeschrieben ist, ist dieses Schriftformerfordernis nur schriftlich abdingbar.
- (3) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags oder eine später in ihn aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise nichtig sein oder werden oder sollte sich eine Lücke in diesem Vertrag herausstellen, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. An Stelle der nichtigen Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke gilt mit Rückwirkung diejenige wirksame und durchführbare Regelung als vereinbart, die rechtlich und wirtschaftlich dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrags gewollt hätten, wenn sie diesen Punkt beim Abschluss des Vertrags bedacht hätten. Beruht die Nichtigkeit einer Bestimmung auf einem darin festgelegten Maß der Leistung oder der Zeit (Frist oder Termin), so gilt die Bestimmung mit einem dem ursprünglichen Maß am nächsten kommenden rechtlich zulässigen Maß als vereinbart. Den Parteien ist das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 24.09.2002, Az. KZR 10/01, bekannt. Es ist dennoch der ausdrückliche Wille der Parteien, dass dieser Absatz keine bloße Beweislastumkehr zur Folge hat, sondern § 139 BGB insgesamt abbedungen ist.
- (4) Gerichtsstand ist Wetzlar.

Wetzlar, den

.....[Verkehrsunternehmen, noch zu ergänzen]

[Name]
Geschäftsführer

[Name]
Geschäftsführer

Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH

Kira Lampe
Geschäftsführerin

Dirk Plate
Geschäftsführer